

Nr. 15/1143

Nachtragshaushaltsgesetze und Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Mitteilung des Senats vom 26. November 2002
(Drucksache 15/1305)
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 10. Dezember 2002

(Drucksache 15/1324)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Nachtragshaushaltspläne für die Jahre 2002 und 2003.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Nachtragshaushalte für den Produktgruppenhaushalt für die Jahre 2002 und 2003.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Nachtragshaushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2002 in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag (Drs. 15/1324) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Nachtragshaushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2003.

Nr. 15/1144

Nachtragshaushaltsgesetze und Nachtragshaushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 11. Dezember 2002
(Drucksache 15/1328)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 15/1145

Erweiterung der Europäischen Union

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Oktober 2002
(Drucksache 15/1276)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2002

(Drucksache 15/1319)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1146

Landesvergabegesetz

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Dezember 2002
(Drucksache 15/1323)
1. Lesung

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 15/1147

Vergabegesetz für das Land Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 10. Dezember 2002
(Drucksache 15/1325)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das in erster und zweiter Gesetz.

Nr. 15/1148

Technologiepark – Gelände auf Bodenverseuchung überprüfen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 15. November 2002
(Drucksache 15/1298)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/1149

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Rechtsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karin M a r k u s

anstelle der Abgeordneten Marlies Marken zum stellvertretenden Mitglied des Rechtsausschusses.

Nr. 15/1150

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 52 vom 19. November 2002

(Drucksache 15/1300)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/1151

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 53 vom 3. Dezember 2002

(Drucksache 15/1313)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/1152

Erhalt der Edith-Stein-Schule in Bremerhaven

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 25. November 2002
(Drucksache 15/1301)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/1153

Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2001 vom 2. Juli 2002

(Drucksache 15/1190)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs Kenntnis.

Nr. 15/1154

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zu der Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001 vom 25. November 2002

(Drucksache 15/1302)

Gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung wird dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2001 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung erteilt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 15/1155

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Land) für das Haushaltsjahr 2000

Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2001
(Drucksache 15/859)

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat aufgrund des § 114 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung.

Nr. 15/1156

Jahresbericht 2002 des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen (Land) über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2000 vom 28. Februar 2002

(Drucksache 15/1083)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht 2002 des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen (Land) über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2000 Kenntnis.

Nr. 15/1157

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Land) für das Jahr 2000 (Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2001 – Drs. 15/859) und zum Jahresbericht 2002 des Rechnungshofs vom 28. Februar 2002 (Drs. 15/1083) vom 25. November 2002

(Drucksache 15/1303)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 15/1158

Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes und anderer Gesetze

Mitteilung des Senats vom 13. August 2002

(Drucksache 15/1208)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung mit Änderungen (Drucksache 15/1321).

Nr. 15/1159

Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes und anderer Gesetze

Bericht und Änderungsantrag des Datenschutzausschusses vom 5. Dezember 2002

(Neufassung der Drs. 15/1304 vom 25. 11. 02)

(Drucksache 15/1321)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Datenschutzausschusses Kenntnis.

Nr. 15/1160

Verbraucherschutz stärken – Lebensmittelüberwachung und Verbraucherinformation gewährleisten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Januar 2001

(Neufassung der Drs. 15/583 vom 09. 01. 01)

(Drucksache 15/598)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 15/1161

Abschlussbericht „Verbraucherschutz stärken – Lebensmittelüberwachung und Verbraucherinformation gewährleisten“ (einschließlich der Auswirkungen auf das Personalentwicklungsprogramm) einschließlich Arbeitsauftrag „Runder Tisch“ mit der Verbraucherzentrale und Sachstand zum Verbraucherinformationsgesetz

Mitteilung des Senats vom 26. November 2002

(Drucksache 15/1309)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1162

Rechtssichere Einführung des „Dosenpfands“ gewährleisten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 10. Dezember 2002

(Drucksache 15/1322)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.